
Die Unsicherheit wächst -

Gespräch mit Gewerkschaftern der Firma

Bergmann-Borsig

über die betriebliche und gewerkschaftliche Lage*

Kurt Brieger ist hauptamtlicher Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) für den Bereich Turbinenbau; Peter Habermann arbeitet als Anreißer und ist Vertrauensmann seiner Brigade und AGL-Mitglied; Horst Krippner ist hauptamtlicher BGL-Vorsitzender; Renate Micheel ist als BGL-Mitglied für soziale Fragen zuständig; Wolfgang Scharffenberg ist Konstrukteur und als ehrenamtliches BGL-Mitglied Vorsitzender der Rechtskommission; Gerd Wehrmuth ist Vorsitzender des Belegschaftskontrollrats; Mario Wetzky ist AGL-Mitglied und Redakteur der Betriebsgewerkschaftszeitung von Bergmann-Borsig.

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 19. April 1990 in Berlin (Ost).

Frage: Wie beurteilt Ihr die Situation der Gewerkschaften nach der Volkskammerwahl?

Horst Krippner: Die Lage der Gewerkschaften hat sich in den letzten Wochen stabilisiert. Das betrifft nicht den FDGB als Dachorganisation, aber die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften. Durch die Vorherrschaft des FDGB waren die Gewerkschaften in der Vergangenheit nicht selbständig. Das hat sich durch den letzten FDGB-Kongreß geändert. Am vergangenen Wochenende hat die zentrale Delegierten-Konferenz der Metall auch ihr eigenes Statut beschlossen, wir können uns jetzt stolz als Mitglieder der IG Metall bezeichnen. Ich habe den Eindruck, daß bei den Kollegen in den letzten Wochen das Vertrauen gewachsen ist. Trotzdem gibt es eine große Unsicherheit, vor allem im Hinblick auf die politischen Entscheidungen.

Reicht der Ausbau der Industriegewerkschaften aus, um das Vertrauen zurückzugewinnen? Sind ihre Strukturen stark und durchsetzungsfähig genug, um die anstehenden Probleme zu lösen?

Wolfgang Scharffenberg: Ich glaube, daß beim FDGB-Kongreß, auf dem ich als Delegierter war, wirklich ein Neuanfang gemacht worden ist. Das Schwerkgewicht lag von Anfang an auf der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und auf einer Stärkung der einzelnen Gewerkschaften. Ich halte es allerdings für einen Fehler, daß der FDGB seinen Namen nicht geändert hat. Es ist schwer, den einzelnen Mitgliedern klar zu machen, daß es sich hier jetzt nur noch um einen Dachverband handelt, und daß dieser sich in seinen Strukturen gewandelt hat, so daß der Weg zum Aufbau selbständiger Industriegewerkschaften freigegeben ist.

Die Entscheidung „Gewerkschaft oder Betriebsräte“ ist zur Zeit noch völlig offen. Meines Erachtens hängt das wesentlich daran, welche Erfahrungen die Beschäftigten haben. Fakt ist, daß es zur Zeit kein Betriebsverfassungsgesetz wie in der BRD gibt. Ob und in welcher Form es auch bei uns eingeführt wird, ist noch nicht absehbar. Hinzu kommt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Bei uns liegt der Organisationsgrad nach den neuesten Zahlen bei ungefähr 92 Prozent. Soweit ich weiß, ist das im Vergleich zur BRD relativ hoch. Fakt ist aber auch, daß im Umbruch und in den Monaten danach der Ruf nach Betriebsräten oder ähnlichen Gremien relativ laut war, auch hier bei Bergmann-Borsig. Dadurch ist es auch zur Errichtung eines Belegschafts-Kontrollrates gekommen. Inzwischen wissen wir aufgrund unserer Kontakte zu Betriebsräten und Gewerkschaften der BRD, welche Rechte der Betriebsrat und welche Möglichkeiten die Gewerkschaften dort haben. Für viele war das ein böses Erwachen, weil sie gemerkt haben, daß der Betriebsrat nicht alle Probleme lösen kann.

Ist die in der Vergangenheit sehr enge Bindung der Gewerkschaften an die SED, die bei vielen Arbeitnehmern zu großem Unmut geführt hat, ein Handicap für die gewerkschaftliche Arbeit? Belastet das Eure Arbeit im Betrieb?

Horst Krippner: Es war sicherlich unterschiedlich, was sich die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in den einzelnen Betrieben an Einmischung gefallen gelassen haben. Bei uns hat jedenfalls keiner versucht, uns in unseren Aufgaben als Gewerkschafter zu reglementieren. Das hat die Partei nicht geschafft und das hat sie meines Erachtens auch nicht gewollt. In Fragen der Wirtschaftsentwicklung und vor allem bei strategischen Entscheidungen hatten wir allerdings wenig zu sagen. Das war Sache der Partei, der Kreisleitung. Unsere Aufgabe war es dagegen, dafür zu sorgen, daß die Kollegen Arbeit hatten, daß sie ihren Lohn bekamen und daß das soziale Umfeld stimmte. Inzwischen hat sich diese Situation grundlegend geändert. Auch bei uns gibt es Verhandlungen mit westlichen Konzernen um Betriebsbeteiligungen. Wir müssen uns deshalb stärker um strategische Fragen kümmern, weil der Direktor sonst als freischaffender Künstler handeln kann, der von niemandem mehr kontrolliert wird. Wir haben deshalb mit dem Belegschaftskontrollrat ein Gremium gegründet, das Einfluß nimmt auf die Frage, wohin der Weg geht.

Was die Vergangenheit angeht, war es natürlich so, daß es Einflußnahmen gegeben hat, was den Parteianteil in den Abteilungs-Gewerkschaftsleitungen und in der BGL angeht, um die führende Rolle der Partei zu sichern, aber das geschah nicht durch direkte Einmischung in die Beschlüsse der BGL.

Gerd Wehrmuth: Gab es nicht auch in der BGL eine Parteigruppe?

Kurt Brieger: Es hat einmal Versuche gegeben, so etwas zu gründen, aber die Gruppe hat kaum funktioniert.

Mario Wetzky: Mitglied der Partei waren natürlich viele. So um die 59 Prozent.

Wolfgang Scharffenberg: Es waren nicht viele. Ich akzeptiere das, was Horst Krippner gesagt hat, nicht ganz, und zwar aufgrund meiner Erfahrungen: Ich bin in der BGL für Arbeitsrecht zuständig und war als Parteiloser nie einem Parteisekretär gegenüber rechenschaftspflichtig. Ich habe immer versucht, den Spielraum, den das Arbeitsgesetzbuch ermöglicht, zu nutzen. Dieser Spielraum war in der Vergangenheit größer als manch einer es vermutet hat und als auch viele Parteisekretäre wahrhaben wollen. Aber es war nicht leicht, sich innerhalb der sehr eng gesetzten Grenzen durchzusetzen. Oft genug bin ich als gewerkschaftlicher Prozeßvertreter in der Konfliktkommission oder in der Kammer für Arbeitsrecht in die Schranken verwiesen worden, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Das ging bis zu Diskriminierungen. So bin ich vom Justitiar des Betriebs als „Winkeladvokat“ beschimpft worden, weil ich mich für einen Kollegen eingesetzt hatte, der fristlos entlassen worden war. Auch in anderen Fällen habe ich die Erfahrung gemacht, daß man alles tun durfte, nur nicht die Grundsätze des Sozialismus in Frage stellen.

Wird es in Zukunft überhaupt noch eine BGL geben oder favorisiert Ihr eher das bundesrepublikanische Betriebsverfassungsgesetz oder andere Alternativen? Welche Meinung gibt es dazu bei den Kollegen im Betrieb?

Horst Krippner: Ich glaube, ein Teil der Kollegen hängt noch dem alten Stil nach. Als Mitglieder der BGL werden wir noch viel zu tun haben, bis wir das Vertrauen, das wir für unsere Arbeit brauchen, zurückgewonnen haben. Natürlich war die hohe Beteiligung bei der Neuwahl der Vertrauensleute und der Gewerkschaftsleitung im Betrieb schon ein Indiz für eine wachsende Zustimmung. Trotzdem kann das auch mit alten Gewohnheiten und Pflichtgefühlen zusammengehangen haben. Ich vermisse einfach das Engagement der Kollegen.

Peter Habermann: Das finde ich nicht. Bei der Wahl der AGL Turbinenbau war das Echo einfach Spitze. Es waren sieben Posten zu besetzen und dafür standen 11 Kandidaten zur Verfügung. Die Kollegen, die sich zur Wahl gestellt haben, waren diejenigen, von denen die Kollegen unten gesagt haben: Mach das mal, von dir fühlen wir uns vertreten. Bei der letzten Wahl zur Abteilungsgewerkschaftsleitung (AGL) gab es dagegen jeweils nur einen Kandidaten, so daß keine Wahl unter mehreren Bewerbern möglich war. Es ging nur noch um die Frage: Nehmen wir den oder nehmen wir ihn nicht. Da die meisten gesagt haben, daß wir eine Gewerkschaft brauchen, haben sie mitgemacht, den Zettel gekniff und in die Urne geworfen. Nur die wenigsten haben sich den Zettel durchgelesen oder kannten die Kandidaten. Deshalb muß man auf der untersten Ebene anfangen, bei den Vertrauensleuten, wenn man die Gewerkschaftsarbeit neu aufbauen will. Vielleicht ist das schon bei der nächsten Wahl anders. Die entscheidende Frage ist doch, was passiert, wenn ABB (Bergmann-Borsig verhandelt zur Zeit mit der bundesdeutschen Firma Asea Brown Boveri [ABB] über eine mögliche Kooperation, d. Red.) kommt. Was passiert mit den Leuten, die sich vorher in der BGL oder der Gewerkschaft engagiert haben? Sind sie die ersten, denen gekündigt wird?

Horst Krippner: In diesem Betrieb hat, als die Vertrauensleute aus der Konstruktion am 29. September 1989 einen offenen Brief an (den damaligen FDGB-Vorsitzenden, d. Red.) Harry Tisch geschrieben haben, die Revolution in den Gewerkschaften begonnen. Trotzdem sind am Ende der Wahl zur BGL wieder die übrig geblieben, die vorher schon ihren Kopf für die Kollegen hingehalten haben. Natürlich gibt es viel Unsicherheit und das akzeptiere ich auch. Enttäuschend ist, daß auch von denen, die unabhängige Gewerkschaftsgruppen bei Bergmann-Borsig gründen wollten, am Ende keiner übrig geblieben ist.

Gerd Wehrmuth: Kaum einer ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Und wenn keiner bereit ist, ein persönliches Risiko einzugehen, dann heißt das auch, daß die Firmenleitung letztlich mit Bergmann-Borsig machen kann, was sie will. Im Belegschaftskontrollrat (BKR) sind wir schon jetzt in einer ziemlich unangenehmen Situation, weil die Firmenleitung mit ABB - unserem Partner im Westen - eine Vorschalt-GmbH gründen will, um gemeinsam Turbinen und Geräte zu vertreiben. Die Turbinen sollen aber nicht bei uns hergestellt werden. Wir versuchen jetzt, diesen Vertrag umzuformulieren, damit wir nicht an die Wand gespielt werden und deshalb kriegen wir von der Geschäftslei-

tung Druck. Das betrifft alle achtzehn Mitglieder des BKR. Wir werden die ersten sein, die rausfliegen, weil wir uns täglich mit der Geschäftsleitung anlegen. Wir haben zum Beispiel die Ausschreibung von Stellen durchgesetzt. So etwas gab es früher überhaupt nicht. Wir haben uns, um ein anderes Beispiel zu nennen, dagegen ausgesprochen, daß noch Neueinstellungen erfolgen, auch wenn eine Abteilung jetzt dringend weitere Arbeitsplätze braucht, weil wir der Meinung sind, daß man keine neue Kollegen einstellen soll, wenn sowieso klar ist, daß in Kürze rationalisiert wird und dann viele freigesetzt werden sollen. Das alles durchzusetzen, ist schon mit persönlichem Risiko verbunden. Aber in diesem Risiko leben wir zur Zeit alle, auch wenn wir nichts machen.

Ist das Argument, das man bei uns häufig hört, daß die alten Gewerkschaftsfunktionäre überall wieder auftauchen, nur vorgeschoben?

Gerd Wehrmuth: Wenn ein Neuer antritt, wird er sicherlich gewählt, weil man dem Alten anlastet, mit dem alten System zusammengearbeitet zu haben. Die Frage ist meist, was dieser Neue kann. Das weiß keiner. Und vor allem ist in der jetzigen Situation, wo jeder Tag etwas Neues bringen kann, kaum jemand bereit, seinen Kopf hinzuhalten.

Wolfgang Scharffenberg: Das sind nicht die Alten, die jetzt wieder dran sind. Wir haben unsere Wahlen hier demokratisch durchgeführt, und wenn zum Teil wieder dieselben aktiv sind wie früher in der alten BGL, dann liegt es daran, daß sie durch eine demokratische Wahl von der gesamten Belegschaft legitimiert worden sind. Natürlich braucht man auch eine Qualifikation dazu, aber trotzdem hätte jeder sich bei der Wahl aufstellen lassen können.

Peter Habermann: Mir fehlt es an direktem Einblick, aber ich frage mich, wieviel jüngere Kader von der BGL in den letzten Jahren herangebildet wurden, damit sie in späteren Jahren einmal eine leitende Funktion in der BGL übernehmen können. Dazu muß man Leute doch zu Lehrgängen schicken und sie ausbilden.

Wolfgang Scharffenberg: Das ist passiert. Wir haben in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Kollegen zu Lehrgängen geschickt, auch zu Halbjahres- oder Jahreslehrgängen.

Gerd Wehrmuth: Wo sind die denn geblieben?

Horst Krippner: Die meisten wurden uns schon während des Studiums „weggeschnappt“, weil sie mit ihrer Ausbildung andere attraktivere Arbeit außerhalb des Betriebes finden konnten.

Woran liegt das, daß die Personaldecke so dünn ist und daß sich nur wenige Kollegen bereit erklären, sich gewerkschaftlich zu engagieren? Hat das nur etwas mit der derzeitigen unsicheren Situation zu tun oder gibt es auch andere Gründe dafür?

Wolfgang Scharffenberg: Eine wichtige Rolle hat dabei mit Sicherheit das Verhalten des Vorstands von ABB gespielt, der mehrmals davon gesprochen hat, daß Betriebsräte gebildet werden müßten. Von Gewerkschaften war in diesen Erklärungen nie die Rede. Ich bin mir deshalb auch nicht sicher, ob wir in Zukunft noch so viele Gewerkschaftsmitglieder haben werden, wenn erst einmal die Betriebsräte auf eine rechtliche Grundlage gestellt sind. Das hängt auch damit zusammen, daß viele Arbeitnehmer nicht wissen, wie es im Westen aussieht. Die meisten meinen, daß die Gewerkschaften in den westlichen Betrieben nichts zu suchen hätten, und sie wissen eigentlich nichts über die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Und dabei entspricht die Neuwahl des BGL bei uns in etwa bereits dem Verfahren bei der Wahl der Vertrauensleute in den DGB-Gewerkschaften. Bei uns ist einfach zu wenig bekannt, welche Aufgaben der Betriebsrat hat, und daß er zum Beispiel auch dem Betriebsfrieden dienen muß und dabei auch den Arbeitnehmern gegenüber unpopuläre Entscheidungen vertreten muß. Man könnte fast den Eindruck haben, daß der Betriebsrat die Unternehmensleitung vertritt und nicht die Werk­tätigen.

In der Bundesrepublik arbeiten Betriebsräte und Gewerkschaften im Idealfall eng und gut zusammen. Ihre Arbeit ergänzt sich sozusagen. Ist das auch für Euch vorstellbar?

Gerd Wehrmuth: In jedem Fall brauchen wir eine starke Interessenvertretung für die Werk­tätigen. Unser Problem ist, daß es zur Zeit noch keine rechtliche Absicherung für Betriebsräte gibt. Bis vor kurzem kannte bei uns sogar kaum jemand die Rechte, die ein Betriebsrat in der Bundesrepublik hat. Für uns ist deshalb zur Zeit die Gewerkschaft das Interessenorgan, weil es für sie eine rechtliche Grundlage gibt. Wenn es auch bei uns Betriebsräte geben sollte, in welcher Form auch immer, stellt sich diese Frage neu, und wir müssen sie dann entscheiden.

Sind die Gewerkschaften in der Bundesrepublik und ihre rechtlichen Handlungsmöglichkeiten bei dieser Entwicklung für Euch Vorbild? Oder gibt es auch andere Alternativen?

Mario Wetzky: Das läßt sich zur Zeit noch nicht genau sagen. Ich bin allerdings ziemlich befremdet über das Auftreten bundesrepublikanischer Gewerkschaftsfunktionäre bei uns. Für die meisten von ihnen scheint bereits festzustehen, daß es zu einem Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz (GG) kommt. Ihrer Meinung nach braucht man deshalb über das Arbeitsgesetzbuch der DDR erst gar nicht mehr nachzudenken, und es kommt scheinbar nur noch darauf an, uns darin zu schulen, wie die Gewerkschaftsarbeit in der Bundesrepublik funktioniert. Auch über die unkritische Favorisierung des Betriebsverfassungsgesetzes bin ich ziemlich erschrocken. Ich glaube, bei euch gehen Gewerkschafter viel zu viel konform mit dem bürgerlichen Modell, in dem die Arbeitgeberseite, die Eigentümer bevorzugt werden, während die Gewerk-

schaften mindere Rechte genießen. Ich finde die Politik des DGB in diesem Punkt viel zu gesellschaftskonform und zu unkritisch. Eigentlich hätte ich erwartet, daß der DGB erst einmal prüft, welche Gesetze er aus der DDR übernehmen will und welche aus der BRD, anstatt uns alle Regelungen überzustülpen. Zum Beispiel bietet das Arbeitsgesetzbuch der DDR in der Mitbestimmungsfrage sehr gute Möglichkeiten, die man sich zunächst einmal genau ansehen sollte. Ich kann einfach nicht verstehen, warum wir uns nicht darüber wenigstens einmal unterhalten können. Für Gewerkschaften halte ich die Leier, nach der die DDR mit 40 Jahren Schrott gleichgesetzt wird, für zu billig. Das ist ein Lehrer-Schüler-Verhältnis und hat mit Partnerschaft und Aufeinanderzugehen nichts zu tun.

Nach unserem Eindruck ist alles, was mit linken Reformprojekten zu tun hat, in der DDR zur Zeit diskreditiert. Brauchen die Gewerkschaften deshalb, wenn sie die deutsch-deutsche Vereinigung beeinflussen wollen, nicht auch mehrheitsfähige Positionen?

Mario Wetzky: Es ist richtig, daß derartige Positionen in der DDR nicht mehrheitsfähig sind. Trotzdem sollten die Gewerkschaften ihre Positionen nicht vorzeitig aufgeben. Es ist eine Frage der Zeit, bis sich die Werktätigen bei uns erinnern werden, welche Rechte und Möglichkeiten zum Beispiel früher ein AGL-Vorsitzender hatte. An diesen Maßstäben wird auch Gewerkschaftspolitik in Zukunft gemessen werden; auch wenn die Akzeptanz linker Mitbestimmungspolitik in der Bevölkerung gegenwärtig gegen Null geht. Im Moment erleben wir die Wende von 150 Prozent Sozialismus zu 150 Prozent Kapitalismus.

Welche Rolle können die Gewerkschaften im Prozeß der wirtschaftlichen Umgestaltung spielen? Wie sollen sie sich also bei den bevorstehenden Betriebsschließungen, bei Fragen der Arbeitsverlagerung und der Lohngestaltung zum Beispiel verhalten?

Horst Krippner: Der Einfluß der Gewerkschaften ist zur Zeit sehr beschränkt. Wenn ich beispielsweise an Lebensmittelläden denke, die jetzt Kontakte zum Westen aufbauen, dann kommen wir als Gewerkschaft dort kaum heran, weil auch die Beschäftigten zunächst ihren Vorteil darin sehen, zu westlichen Waren Zugang zu haben. Benachteiligt sind wir, als Beschäftigte in der Produktion, weil wir zu den neuen Waren kaum Zugang haben, weil die Preise sehr hoch sind. Wir können natürlich auch in der Zukunft keinen Kaffee rösten, sondern werden weiter Turbinen bauen.

Ein großes Handikap ist die bisherige Aufgabenverteilung der Gewerkschaften bei uns. Historisch gesehen waren wir für die Verwaltung von Engpässen zuständig. Gab es früher beispielsweise Bananen, hat sie die Gewerkschaft im Betrieb verteilt, damit jeder einmal Bananen bekam. So war das bei uns in den sechziger Jahren. Ich war damals AGL-Vorsitzender im Generatorbau und eine meiner wichtigen Aufgaben war es, Bananen zu verteilen

oder auch Thunfisch, wenn eine entsprechende Lieferung bei uns ankam. Wir haben auch Wohnungen, Kuren oder Ferienplätze verteilt - immer im Interesse einer gerechten Versorgung der Werktätigen. Das sind Aufgaben, die mit der Arbeit von Gewerkschaften im Westen eigentlich nichts zu tun haben. Wir sind jetzt in der schwierigen Phase, wo wir das eine nicht mehr sollen und das andere, zum Beispiel Tarif politik, noch nicht können. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir haben zur Zeit zweihundert Wohnungssuchende auf der Liste. Wir können in einer solchen Situation diese Aufgabe doch nicht einfach einstellen. Es sind schwierige Fragen, vor denen wir jetzt in der Übergangszeit stehen.

Renate Micheel: Bei den Kuren stehen wir zur Zeit vor denselben Problemen. Sie werden noch über die Gewerkschaft verteilt; das wird sich ändern, weil das Sozialversicherungssystem in Zukunft nicht mehr von den Gewerkschaften verwaltet werden soll, aber noch ist es nicht so weit. Bei der Vergabe von Kurplätzen werden in Zukunft betriebliche Belange keine Rolle mehr spielen. Das gleiche Problem ergibt sich zum Beispiel auch bei Krippenplätzen. Wir werden in Zukunft keinen Einfluß mehr auf die Vergabe von Krippenplätzen haben und damit auch nicht mehr einer Frau helfen können, wenn sie dringend einen Krippenplatz für ihr Kind braucht, damit sie selber arbeiten kann.

Peter Habermann: Wenn ich beispielsweise an die neue Lohnfrage denke, über die zur Zeit verhandelt wird, dann wird der Lohn vom Bereichsleiter festgesetzt, ohne daß dabei überhaupt ein Gewerkschafter gehört wird. Mein Einfluß ist da ganz gering.

Horst Krippner: Das geht gar nicht. Ohne eure Zustimmung kann keine Lohnvereinbarung in Kraft treten.

Peter Habermann: Aber es ist doch schon alles entschieden.

Kurt Brieger: Mir ist es ähnlich ergangen. Nur durch Zufall bin ich in eine Diskussion hineingekommen, bei der es um Lohnmodelle ging. Und auch jetzt, wo alles schon detailliert ausgearbeitet ist, bin ich von meinem Bereichsleiter noch nicht offiziell über die neuen Lohnvorstellungen informiert worden. Wie soll ich denn mit meinen Leuten über etwas diskutieren, das ich selber noch gar nicht kenne? Das Problem ist, daß dieses neue Lohnsystem bereits Anfang Mai eingeführt wird.

Horst Krippner: Die staatlichen Leiter der Betriebe versuchen nun vielfach, das Gesetzbuch der Arbeit zu umgehen und die Gewerkschaft zu ignorieren. Da muß man einfach immer wieder darauf hinweisen, daß es keine Lohnvereinbarung ohne Zustimmung der Gewerkschaft geben kann. Noch ist das Arbeitsgesetzbuch in Kraft und das gibt uns rechtliche Möglichkeiten - auch gegenüber der Betriebsleitung. Es liegt deshalb auch zu einem wesentlichen Teil an der BGL, diese Möglichkeit einzusetzen.

Zu den massiven Problemen, vor denen die Gewerkschaften in der DDR

stehen, kommt ein weiteres hinzu: die durchweg geringe Produktivität der DDR-Betriebe. Wie sollen die Gewerkschaften damit umgehen?

Kurt Brieger: Das wird das schwierigste Problem für die Gewerkschaften in den kommenden Monaten. Zur Zeit haben wir als Gewerkschafter noch Einfluß darauf, welche Aufträge bei Bergmann-Borsig angenommen werden. Für die Zukunft gibt es keine klaren Aussagen hierzu. Auch nicht von unserem westlichen Partner, von ABB. Es gibt zwar Pläne für den Neubau von Kraftwerken in Magdeburg, neuerdings auch in China, an denen wir beteiligt werden sollen. Welchen Anteil daran Bergmann-Borsig bekommen wird, darüber gibt es zur Zeit aber keine klaren Aussagen. Soweit ich weiß, will ABB diese Aufträge jeweils an das Schwesterunternehmen vergeben, das die Teile am billigsten herstellt. Und da sind unsere Chancen aufgrund der niedrigeren Produktivität sehr gering. Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Du kriegst keine Aufträge, weil du nicht konkurrenzfähig bist, und das heißt, der Betrieb muß Kollegen entlassen. Wie sollen wir dem als Gewerkschaft zustimmen? Um wenigstens zweitausend Arbeitsplätze zu erhalten und um zu verhindern, daß der Betrieb völlig in den Bankrott rutscht, werden wir wahrscheinlich zweitausend Menschen entlassen müssen. Das ist für Gewerkschaften kaum zu lösen.

Wolfgang Schärftenberg: Die Frage der Produktivität ist ein zentrales Problem. Bisher haben wir uns als Gewerkschafter mit dafür verantwortlich gefühlt, daß der Betrieb effektiv arbeitet. In Zukunft wird das keine Aufgabe der Gewerkschaft mehr sein, sondern in der Verantwortung der Geschäftsleitung liegen. Die Steigerung der Produktivität wird aber kein Spaziergang werden, und wir werden als Gewerkschafter darauf achten müssen, daß dabei die Interessen der Werktätigen nicht unter die Räder geraten, und daß die Werktätigen ihren Anteil an der steigenden Produktivität bekommen.

Horst Krippner: Das heißt allerdings schon, daß wir ein Interesse an der Effektivität des Betriebes haben müssen.

Wolfgang Scharffenberg: Wir müssen darauf drängen, daß die Betriebsleitung die Arbeit effektiv gestaltet. Das ist meines Erachtens der einzige Weg um zu verhindern, daß unser Betrieb geschlossen wird. Wir können damit nicht warten, bis wir von ABB Aufträge erhalten, sondern die notwendigen Veränderungen müssen bereits jetzt in Angriff genommen werden. Es ist Aufgabe des Betriebs, den Arbeitsablauf oder den Materialfluß effektiver zu organisieren. Das können wir nicht als Gewerkschaft leisten, sondern das muß die Betriebsleitung machen.

Peter Habermann: Muß nicht auch die Gewerkschaft mehr tun? Warum müssen wir zum Beispiel unter Bereichsleitern oder Betriebsleitern weiter arbeiten, die von ihrer praktischen Ausbildung und auch von ihrem theoretischen Wissen her nicht die notwendigen Voraussetzungen mitbringen. Warum war das Studium an der Parteihochschule wichtiger als die fachliche Qualifikation - vor allem, warum ist das heute noch so? Wir müssen fordern, daß der Betrieb fähige Leiter bekommt.

Horst Krippner: Ich bin auch dafür, notfalls die Vertrauensfrage zu stellen. Wir müssen uns im klaren darüber sein, daß das heißt, daß wir auch jemanden haben müssen, der die Aufgabe besser machen kann.

Wolfgang Scharffenberg: Das ist nicht unsere Aufgabe als Gewerkschaft.

Horst Krippner: Das finde ich schon. Ein noch größeres Chaos, wie wir es jetzt schon haben, können wir in dieser Situation als Gewerkschafter einfach nicht zulassen.

Die Marktwirtschaft hat die Eigenart, daß sie nicht in erster Linie nach sozialen Kriterien fragt. Wenn ein Betrieb nicht konkurrenzfähig ist, besteht die Gefahr, daß er geschlossen wird. Das könnte einen Kahlschlag in der DDR zur Folge haben, der auch schwerwiegende politische Konsequenzen, zum Beispiel einen Rechtsruck in der DDR nach sich ziehen könnte. Welche Möglichkeiten der Gegensteuerung gibt es in dieser Situation für Gewerkschaften?

Mario Wetzky: Was hier im Moment passiert, überfordert die Gewerkschaften einfach. Wir brauchen eine Übergangsphase. Der Wildwuchs bei der Einführung neuer Produkte und neuer Preise und auch bei Fusionen hat mittlerweile eine Größenordnung erreicht, die im politischen Bereich entschieden werden muß. Die Gewerkschaften müssen deshalb versuchen, Einfluß auf die Politik zu nehmen. Vieles wäre einfacher, wenn sie noch im Parlament säßen und auf die Regierungsarbeit Einfluß nehmen könnten.

Horst Krippner: Wir haben im Moment folgendes Problem: In Gesprächen mit dem Betriebsrat von ABB haben wir auf viele Schwierigkeiten hingewiesen. Uns hat man nicht geglaubt. Erst als die Kollegen von ABB das gleiche gesagt haben, hat man ihnen geglaubt. Jedem Bundesbürger wird mehr geglaubt als einem von uns, weil die Leute ihnen einfach alles glauben. Bei den Wahlen hat sich ja gezeigt, daß Versprechungen noch für bare Münze genommen wurden.